Europäisches Parlament
2014-2019

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2018/2046(BUD)

25.9.2018

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2019
(2018/2046(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Jens Geier

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. lehnt die vom Rat gegenüber dem Vorschlag der Kommission vorgenommenen Kürzungen ab, die bei den Mitteln für Verpflichtungen 3,61 % und bei den Mitteln für Zahlungen 0,22 % betragen und die Teilrubrik 1a des Unionshaushaltsplans 2019 in den Haushaltslinien im Zusammenhang mit Ausgaben im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie betreffen; stellt fest, dass in der Teilrubrik 1a des Gesamthaushaltsplans der Union in den Haushaltslinien im Zusammenhang mit Ausgaben im Zuständigkeitsbereich des ITRE-Ausschusses im Vorschlag der Kommission im Vergleich zu 2018 die Mittel für Verpflichtungen um 3,9 % und die Mittel für Zahlungen um 1,8 % aufgestockt wurden; begrüßt, dass der Schwerpunkt des Haushaltsplans 2019 auf Wachstum, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Klimawandel und dem Übergang zu einer in hohem Maße energieeffizienten und auf erneuerbaren Energieträgern basierenden Wirtschaft im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris sowie auf dem Erfolg junger Forscherinnen und Unternehmerinnen liegt;

2. ist der Auffassung, dass Forschung, KMU und Wettbewerbsfähigkeit auch künftig einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung von Wachstum unionsweit leisten; ist der Ansicht, dass im Jahr 2019 genügend Haushaltsmittel für die erfolgreichen Programme Horizont 2020 und COSME bereitgestellten werden sollten, damit diese weitergeführt werden können;

3. betont, dass eine Führungsrolle bei der Innovation und der Entwicklung bahnbrechender Technologien eingenommen werden muss; bedauert daher die beträchtlichen Kürzungen des Rates in Höhe von 0,3 Mrd. EUR bei den Mitteln für Verpflichtungen und in Höhe von 18 Mio. EUR bei den Mitteln für Zahlungen im Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, was verheerende Auswirkungen auf Horizont 2020 hat, und bedauert insbesondere Kürzungen in einschlägigen Haushaltslinien wie „Intensivierung der Forschung im Bereich künftige und sich abzeichnende Technologien“ und „Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen“, die darauf abzielen, den Lebensstandard zu erhöhen, den Zugang zu Wissen zu verbessern und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern; nimmt die vorgeschlagene Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen für Horizont 2020 um 8,5 % im Vorschlag der Kommission für den Gesamthaushaltsplan 2019 zur Kenntnis; erinnert daran, dass Horizont 2020 im MFR 2014–2020 stark unterfinanziert war, sodass die Erfolgsquote (11,6 % und bei einigen Programmen nur 3 %) bei den Förderanträgen geringer war als im vorhergehenden MFR-Zeitraum, was bedeutet, dass weniger hochwertige Projekte im Bereich Forschung und Innovation mit Unionsmitteln gefördert werden; bekräftigt daher seine tiefe Besorgnis über die unambitionierte Mittelausstattung für Horizont Europa, die von der Kommission für den nächsten MFR vorgeschlagen wurde, und beabsichtigt, in den anstehenden Verhandlungen über den MFR 2021–2027 mindestens 120 Mrd. EUR in Preisen von 2018 für dieses Programm zu sichern, und hebt seinen Standpunkt hervor, dass die Ausgaben in Verbindung mit der Klimapolitik infolge des Übereinkommens von Paris gegenüber dem derzeitigen MFR beträchtlich aufgestockt

werden sollten;

4. vertritt die Auffassung, dass im Rahmen des EU-Haushalts für 2019 alle zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit relevanten Instrumente gestärkt werden sollten, insbesondere in wirtschaftlich rückständigen Regionen der EU, wobei der Förderung unternehmerischer und digitaler Kompetenzen besondere Aufmerksamkeit einzuräumen ist;

5. erkennt die Bedeutung und den Erfolg des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) an; bedauert, dass die Mittel für Horizont 2020 gekürzt werden mussten, um zusätzliche Mittel für den EFSI bereitzustellen; betont, dass neue Initiativen nicht über den Gesamthaushalt der Union finanziert werden sollten, wenn dies zulasten bestehender Unionsprogramme und -maßnahmen geht; beabsichtigt, die vom Parlament während der Verhandlungen über den EFSI gemachten Zusagen einzuhalten, um die Auswirkungen auf dieses Programm soweit wie möglich zu verringern und die Mittelzuweisungen für die betroffenen Haushaltslinien für 2019 aufzustocken;

6. weist darauf hin, wie wichtig es ist, umfangreiche Synergien zwischen der CEF „Verkehr“ und der CEF „Digital“ zu fördern, um die finanzielle Hebelwirkung für Projekte zu maximieren, deren Ziel die Förderung der Digitalisierung der TEN-V-Korridore ist;

7. betont, wie wichtig es ist, die Energieunion zu vollenden und gleichzeitig die Klimaschutzziele der EU zu verwirklichen, indem das Übereinkommen von Paris und die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden; weist auf die im Bericht über die schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie (2017/2084 (INI)) enthaltenen Forderungen des Europäischen Parlaments hin, was eine größere Kohärenz zwischen den Verpflichtungen der Union gemäß dem Übereinkommen von Paris und ihrer Finanzierungspolitik für die fünf einander stützenden Dimensionen der Energieunion betrifft; erinnert in diesem Zusammenhang an den Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ sowie an das Ziel der Union, die Führungsposition im Bereich erneuerbare Energien zu übernehmen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die notwendigen Finanzmittel für Investitionen in diesen Bereichen sowie für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung zu stellen, sich für die Bekämpfung der Energiearmut und einen gerechten Übergang einzusetzen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Industrie zu gewährleisten, die sich im Übergang hin zu umweltfreundlicheren Produktionsverfahren befindet, damit im Jahr 2050 das Ziel einer kohlenstofffreien Wirtschaft erreicht wird; begrüßt in diesem Zusammenhang die Schätzungen der Kommission, dass auf Ausgaben in Verbindung mit dem Klimaschutz im Haushaltsplan 2019 20,1 % entfallen werden, bekräftigt allerdings, dass mit diesem Vorschlag lediglich 19,3 % des Unionshaushalts 2014–2020 für klimabezogene Maßnahmen bereitgestellt werden; ist der Ansicht, dass zur Verwirklichung dieser Ziele die notwendigen Mittel für die CEF beibehalten werden sollten; ist besorgt über die beträchtlichen Kürzungen des Rates bei den Mitteln für Verpflichtungen und Zahlungen für die CEF „Energie“;

8. ist sich bewusst, dass die Haushaltslinien für gesellschaftliche Herausforderungen und insbesondere die Haushaltslinie für die Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens überaus wichtig sind, wenn es gilt, den Lebensstandard in der Union zu erhöhen; legt der Kommission nahe, weiterhin ausreichende Mittel für diese Zwecke vorzusehen, und bedauert, dass der Rat hier Kürzungen vorgeschlagen hat;

9. betont, wie wichtig die Verwirklichung der Ziele des digitalen Binnenmarkts ist, um die Digitalisierung der Union und die digitale Inklusion der europäischen Wirtschaft, des staatlichen Sektors und der Bürger voranzubringen; erkennt in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Initiativen wie WIFI4EU an; bedauert, dass der Rat die Mittel für diese Initiative gekürzt hat;

10. betont, dass KMU ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft der EU sind, da sie viele Arbeitsplätze in der EU bereitstellen, und hält es für erforderlich, ein KMU-freundliches Geschäftsumfeld zu schaffen und Verbünde und Netze von KMU zu unterstützen; nimmt die Kürzungen des Rates beim KMU-Instrument, die ein widersprüchliches Signal an die europäischen Unternehmen senden, jedoch zutiefst besorgt zur Kenntnis;

11. nimmt das Europäische Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) zur Kenntnis; betont, dass wegen der erheblichen Auswirkungen dieses Programms auf den Unionshaushalt für eine derartige Tätigkeit neue Mittel bereitgestellt werden sollten; ist besorgt über die Kürzungen des Rates bezüglich der CEF und europäischer Weltraumprogramme wie „Stärkung der führenden Stellung Europas im Bereich der Weltraumtechnologien“ und „Copernicus“ zugunsten der Finanzierung des EDIDP, da keine Finanzmittel von zivilen Programmen abgezogen werden sollten, um Programme im Bereich Verteidigung zu unterstützen;

12. betont, dass der europäische Mobilitätssektor überarbeitet werden muss, damit der Verkehr in der Union nachhaltig, sauber und wettbewerbsfähig wird, die Automobilindustrie der Union für die Zukunft gerüstet ist und die Klimaschutzziele der Union verwirklicht werden; betont daher, dass ausreichende Finanzmittel für Programme bereitgestellt werden müssen, die diese Ziele unterstützen, beispielsweise die CEF „Verkehr“ und das Gemeinsame Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“; ist daher besorgt darüber, dass der Rat Kürzungen bei diesen Programmen vorgenommen hat;

13. betont, wie wichtig es ist, dass alle Agenturen im Zuständigkeitsbereich des ITRE-Ausschusses über eine angemessene Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen verfügen, damit sie ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen können; betont, dass die Verringerung des Personalbestands um 5 % und der Umschichtungspool mit diesem Gesamthaushaltsplan enden, und fordert die Kommission mit Nachdruck auf, in Zukunft von ähnlichen Maßnahmen abzusehen; fordert nachdrücklich, dass Ressourcen im Einklang mit der Zunahme der Aufgaben der betreffenden Agenturen aufgestockt werden; begrüßt in diesem Zusammenhang die Aufstockung des Personals für die ENISA und die GSA; stellt jedoch mit Besorgnis fest, dass diese Aufstockungen nicht ausreichen, und fordert zudem, dass das Personal der ACER aufgestockt wird, damit diese Agenturen ihr Mandat ausüben und der Notwendigkeit gerecht werden können, hoch spezialisierte Sachverständige einzustellen

und zu halten und für zukünftige Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu planen;

14. betont, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union voraussichtlich keine direkten Auswirkungen auf Programme im Zuständigkeitsbereich des ITRE-Ausschusses haben wird, da das Vereinigte Königreich zugesagt hat, zu den Haushalten 2019 und 2020 beizutragen;

15. betont, dass die Verlässlichkeit der EU erheblichen Schaden nehmen und das Vertrauen darauf, dass die Unionsorgane ihren Aufgaben gerecht werden können, stark beeinträchtigt würde, wenn die Union ihren rechtlichen und politischen Verpflichtungen bezüglich der Mittel für Zahlungen nicht gerecht wird; betont, dass dieser Aspekt noch dadurch verstärkt wird, dass sich die Union dem Ende des derzeitigen MFR nähert, und dass die Umsetzung der mehrjährigen Programme daher rasch vorangebracht werden muss.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	24.9.2018
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 39 –: 5 0: 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Bendt Bendtsen, José Blanco López, Jonathan Bullock, Jerzy Buzek, Cristian-Silviu Buşoi, Angelo Ciocca, Jakop Dalunde, Igor Gräzin, Rebecca Harms, Barbara Kappel, Jeppe Kofod, Peter Kouroumbashev, Zdzisław Krasnodębski, Christelle Lechevalier, Janusz Lewandowski, Paloma López Bermejo, Edouard Martin, Tilly Metz, Nadine Morano, Dan Nica, Morten Helveg Petersen, Carolina Punset, Julia Reda, Paul Rübig, Massimiliano Salini, Sven Schulze, Neoklis Sylikiotis, Dario Tamburrano, Evžen Tošenovský, Vladimir Urutchev, Henna Virkkunen, Martina Werner, Lieve Wierinck, Hermann Winkler, Flavio Zanonato, Carlos Zorrinho, Anna Záborská, Pilar del Castillo Vera
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Amjad Bashir, Michał Boni, Françoise Grossetête, Benedek Jávor, Werner Langen, Olle Ludvigsson, Marisa Matias, Gesine Meissner, Pavel Telička
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Bernd Kölmel

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

39	+
ALDE	Igor Gräzin, Gesine Meissner, Morten Helveg Petersen, Carolina Punset, Pavel Telička, Lieve Wierinck
ECR	Bernd Kölmel, Zdzisław Krasnodębski, Evžen Tošenovský
EFDD	Dario Tamburrano
PPE	Bendt Bendtsen, Michał Boni, Cristian-Silviu Buşoi, Jerzy Buzek, Pilar del Castillo Vera, Françoise Grossetête, Werner Langen, Janusz Lewandowski, Nadine Morano, Paul Rübig, Massimiliano Salini, Sven Schulze, Vladimir Urutchev, Henna Virkkunen, Hermann Winkler, Anna Záborská
S&D	Jeppe Kofod, Peter Kouroumbashev, Olle Ludvigsson, Edouard Martin, Dan Nica, Martina Werner, Flavio Zanonato, Carlos Zorrinho
VERTS/ALE	Jakop Dalunde, Rebecca Harms, Benedek Jávor, Tilly Metz, Julia Reda

5	-
ECR	Amjad Bashir
EFDD	Jonathan Bullock
ENF	Angelo Ciocca, Christelle Lechevalier
S&D	José Blanco López

4	0
ENF	Barbara Kappel
GUE/NGL	Paloma López Bermejo, Marisa Matias, Neoklis Sylikiotis

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung